

Politische Entwicklung der Bundesrepublik nach dem 2. Weltkrieg

Bei vielen Älteren ist die politische Entwicklung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg weitgehend in Vergessenheit geraten.

Die junge Generation weiß darüber fast gar nichts.

Deswegen mein Versuch, die politische Nachkriegsgeschichte Deutschlands in Stichworten aufzuschreiben.

1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland und parallel dazu Gründung der demokratischen Republik Ostdeutschland.

Die ersten Bundestagswahlen in der Bundesrepublik hat die CDU knapp vor der SPD gewonnen.

Konrad Adenauer wurde mit einer Stimme Mehrheit (seine eigene Stimme) zum Bundeskanzler gewählt.

Er hat die FDP als Koalitionspartner mit ins Boot genommen.

Da Adenauer selbst kein Wirtschaftsfachmann war, hat er, klug wie er war, Prof. Dr. Ludwig Erhard als Wirtschaftswissenschaftler zum Wirtschaftsminister gemacht.



Erhard links im Gespräch mit Adenauer rechts
Quelle: www.konrad-adenauer.de/seite/sozialpolitik

Die neue Bundesregierung hat durch ihre kluge Wirtschaftspolitik den Grundstein für den Wiederaufstieg Deutschlands und das viel bewunderte Wirtschaftswunder gelegt.

Wäre die SPD mit ihren linken Anhängern zum Zuge gekommen, wäre eine Bundesrepublik im Stile der SED-Regierung in der DDR zustande gekommen.

Vermutlich wäre es dann viel früher zu einer Wiedervereinigung gekommen, aber eben unter sozialistisch-kommunistischen Voraussetzungen.

1953, Bundestagswahl, bei der die Regierung CDU-FDP bestätigt wurde.

1957, Bundestagswahl, bei der die CDU die absolute Mehrheit errang und ohne Koalitionspartner weiterregieren wollte.

Brisantes Thema damals, Wiedereinführung der Wehrpflicht, die von der CDU propagiert und von der SPD abgelehnt wurde.

Als damals 17-jähriger durfte ich an der Wahl nicht teilnehmen, sonst hätte ich wegen der Wehrpflicht für die SPD gestimmt.

1961, Bundestagswahl. Danach war die CDU wieder auf die FDP als Koalitionspartner angewiesen und Adenauer war inzwischen über 80 Jahre alt und deswegen auch in seiner eigenen Partei umstritten.

Um die Partei zu beruhigen, hat Adenauer zugesagt, **1963** sein Amt aufzugeben und als Nachfolger Prof. Ludwig Erhard zu akzeptieren (widerwillig).

1965 Bundestagswahl. Inzwischen hat sich CDU und FDP so zerstritten, dass sie nicht gemeinsam weiterregieren wollten, trotz entsprechendem Wahlergebnis.

Es kam dann zu einer Regierungsbildung unter Führung des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, der mit der SPD eine Koalition gebildet hat. Willy Brandt wurde Außenminister.



Kurt Georg Kiesinger
Quelle: WDR



Willy Brandt
Quelle: www.planet-wissen.de

1969, Bundestagswahl. Im Ergebnis waren CDU und SPD fast gleich stark. Die FDP hat Zünglein an der Waage gespielt und sich für die SPD entschieden. Willy Brandt wurde der 4. Bundeskanzler der Bundesrepublik. Bundesaußenminister wurde Walter Scheel. Dieser wurde später dafür belohnt mit dem Amt des Bundespräsidenten, das ihn mit dem Lied: „Hoch auf dem gelben Wagen“ im Volk populär gemacht hat.

1972 gab es einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Brandt, die an 2 Abweichlern aus der CSU gescheitert ist.

Die anstehenden Neuwahlen gaben eine Fortsetzung der SPD-FDP-Regierung, obwohl die CDU besser als die SPD abgeschnitten hat.

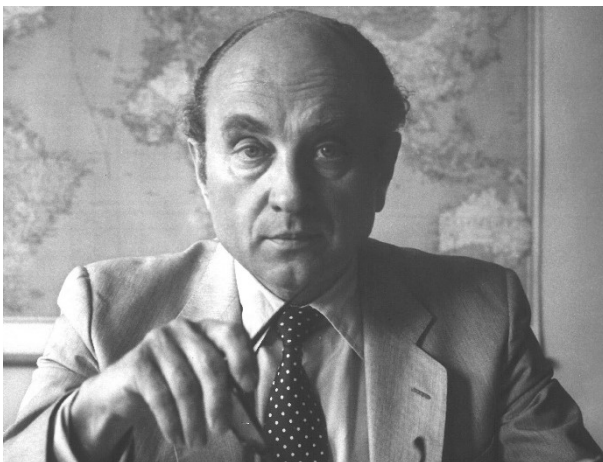
Ich bezeichne es als ersten Sündenfall der FDP, den Sozialdemokraten zum Weiterregieren geholfen zu haben. Dafür wurde die FDP in der Öffentlichkeit als Umfaller-Partei verspottet.

1976, nach dem Wahlergebnis, konnten SPD und FDP weiterregieren.

1980 ist es SPD und FDP wieder gelungen, bei den Wahlen so abzuschneiden, dass sie weiterregieren konnten, obwohl die Regierungsarbeit zur ersten Nachkriegswirtschaftskrise geführt hat.

1982 hat FDP Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ein kritisches Papier erstellt und Maßnahmen gefordert, mit denen die Wirtschaftskrise beendet und der Wiederaufschwung eingeleitet werden sollten.

Bundeskanzler war damals Helmut Schmidt, in seinen jungen Jahren ein Ultra-Linker, der durch seine Tätigkeit als Hamburger Bürgermeister und später als Bundeskanzler wirtschaftspolitische Einsichten angenommen hat, die seiner Partei nicht schmeckten und dadurch seinen Rückhalt verloren hat.



Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff
Quelle: Wikipedia



Bundeskanzler Helmut Schmidt
Quelle: www.zeit.de

Der Misstrauensantrag im Bundestag ging positiv aus und Helmut Kohl wurde Bundeskanzler einer CDU-FDP geführten Regierung.

1986 wurde bei der Bundestagswahl die Regierung Kohl bestätigt und konnte weiterregieren.



Helmut Kohl

1990, kurz nach der Wiedervereinigung mit der DDR wurde Helmut Kohl als Kanzler der Einheit gefeiert und konnte zusammen mit der FDP weiterregieren.

1994 ist das Wahlergebnis so ausgefallen, dass es zu einer großen Koalition zwischen CDU und SPD gekommen ist.

1998 brachte das Wahlergebnis eine entscheidende Wendung in der politischen Ausrichtung.

Die SPD hat mit knapper Mehrheit die Wahl vor der CDU gewonnen und die neue Partei der Grünen in die Regierung aufgenommen, mit Joschka Fischer als Außenminister.



Grüner Außenminister Joschka Fischer
Quelle: Der Spiegel

Vorher gab es heftige Kämpfe innerhalb der SPD, um die Parteiführung zwischen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, den Schröder gewonnen hat und schließlich SPD-Bundeskanzler wurde.

2002 wurde bei den Wahlen SPD-Grüne bestätigt, trotz inzwischen wieder neuen wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

2003 hat Bundeskanzler Schröder zusammen mit seinem Super-Minister (für Finanzen und Wirtschaft Wolfgang Clement) die Agenda 2010 auf den Weg gebracht, nach dem FDP-Motto: „Arbeit muss sich lohnen“.



Von links: Wolfgang Clement, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder
Quelle: FAZ

Diese Agenda hat zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt, der den Wirtschaftsstandort Deutschland für viele Jahre gesichert hat.

Innerhalb der SPD war die Agenda 2010 heftig umstritten und Gerhard Schröder hat den Rückhalt seiner Partei verloren.

2005, nach einer verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat Gerhard Schröder Neuwahlen ausgeschrieben. Diese haben wieder zu einer großen Koalition zwischen CDU und SPD geführt (erste Merkel-Regierung).

2009 wurde die SPD für ihre Beteiligung an der Merkel-Regierung abgestraft. Bei der Regierungsbildung kam es zu einer Koalition zwischen CDU und FDP.

2013 hat die CDU wieder die Wahl gewonnen. Abgestraft diesmal die FDP, die an der 5% Hürde gescheitert und nicht mehr in den Bundestag eingezogen ist. Dafür durfte die SPD wieder zusammen mit der CDU regieren.

2017 hat die CDU die Wahl wieder gewonnen. Verlierer war die SPD.

Die FDP hat den Wiedereinzug in den Bundestag geschafft, sich aber nicht an der Regierung beteiligt, siehe Lindners berühmter Spruch: „lieber gar nicht regieren, als schlecht regieren“. Koalitionspartner der CDU wurden jetzt wieder die Grünen.

2019 Landtagswahlen in Thüringen: Weil die CDU keine Koalition mit der AfD eingehen wollte, kam es zur Wahl von Lothar Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten.

Auf Geheiß von Merkel, aus Italien, hat die FDP ihren Parteikollegen Kemmerich zum Rücktritt gedrängt, was dieser auch befolgt hat (zweiter Sündenfall der FDP).

Entstanden ist eine kuriose Situation. Der abgewählte linke Ministerpräsident Ramelow durfte anschließend bis zur Wahl 2024 kommissarisch weiterregieren.

2021 gelangte das Erbe von 16 Jahren Merkel-Politik mehr und mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit

- a) Die ersten Anzeichen von Wirtschaftsschwäche wurden deutlich
- b) Die Folgen der Migrationspolitik: „wir schaffen das“ wurden sichtbar.

Die so genannten Altparteien haben allesamt z. T. drastisch an Stimmen verloren. SPD lag mit 25% 1% vor der CDU mit 24%.

Wieder einmal spielte die FDP das Zünglein an der Waage und hat SPD und Grüne zum Regieren verholfen (3. Sündenfall).

Anschließend hat es die FDP versäumt, rechtzeitig und mit seriöser Begründung aus der Regierung auszusteigen. Damit hätte man sich dem Rausschmiss der Regierung durch Kanzler Olaf Scholz ersparen können.

2025 stehen Neuwahlen an. Es bleibt abzuwarten, wie es dann weitergeht.

Karl Braun, Haiterbach